

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1950**

204 (16.9.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 1.90 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.20, im Verlag abgeholt 1.90 DM

Badischer Landesmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 16. September 1950

Nr. 204

Kabinettschließt Brotgetreidepreise Regelung bis Juni 1951

Bonn (UP). Das Bundeskabinett hat eine Verordnung über die Brotgetreidepreise für die Zeit vom Oktober 1950 bis einschließlich Juni 1951 verabschiedet, berichtete ein Regierungssprecher vor der Presse. Das in- und ausländische Brotgetreide in der Preisgruppe IV wurde für Oktober auf 281,30 DM je Tonne Roggen und auf 321,50 DM je Tonne Weizen festgesetzt. Die Preise erhöhen sich bis einschließlich März um monatlich je zwei Mark pro Tonne. Von April bis Juni 1951 bleiben die Preise konstant.

Damit wird die letzte Getreidepreiserhöhung um 40 bzw. 60 DM je Tonne Roggen bzw. Weizen beibehalten und bis März 1951 sogar noch um jeweils zehn Mark weiter erhöht.

Vorher nahm das Kabinett einen Bericht des Bundesverkehrsministers über die Lage der Bundesbahn entgegen. Der Finanzminister unterrichtete seine Kabinettskollegen über den Stand der Beratungen zum Lastenausgleich und kündigte weitere Verhandlungen mit den Interessentengruppen an.

Coca-Cola-Debatte im Bundestag Der Finanzminister verteidigt sich

Bonn (UP). Nach einer längeren zum Teil neugierigen Debatte über einen Antrag der Bayernpartei über die Besteuerung stimulierender Getränke, in deren Verlauf die Äußerung fiel, daß „Coca-Cola ein ganz besonderer Saft“ sei, wurde der Antrag gegen die Stimmen der SPD und KPD zur weiteren Beratung den Ausschüssen überwiesen. Vorher hatte der von der Opposition persönlich angegriffene Bundesfinanzminister Schäffer seine steuerverwehliche Absicht damit verteidigt, daß Coca-Cola ein koffeinhaltiges Getränk sei, das süchtig mache. Er halte eine gleichmäßige Besteuerung sowohl für Kaffee als auch für Kaffee-Essenz für notwendig.

Weiter wurde ein Gesetzentwurf zur Überleitung der Besatzungslasten, Kriegsfolgelasten usw. auf den Bund angenommen. In der Debatte zu diesem Punkt kündigte Finanzminister Schäffer die baldige Vorlage des Gesetzes über den „horizontalen Finanzausgleich“ vor dem Kabinett an. Auch der Gesetzentwurf über eine Finanzhilfe für Schleswig-Holstein fand die Billigung des Plenums. Außerdem wurde ein Gesetzentwurf über Erleichterung und Aufgabe des Bundesrechnungshofes mit kleinen redaktionellen Änderungen zugestimmt.

Tarifenkung im Bundesbahnpersonenverkehr aufgeschoben. Die Verhandlungen über eine Tarifenkung im Personenverkehr der Bundesbahn sind wegen der augenblicklichen Preis- und Lohnfrage vorerst abgebrochen worden.

40 Milliarden jährlich für die Streitkräfte

Ein amerikanisches Wiederaufrüstungsprogramm - Zahlen ungewöhnlicher Stärke

Washington (UP). Die zuständigen Militärbehörden der USA haben ein Wiederaufrüstungsprogramm ausgearbeitet, das für die amerikanische Armee, Marine und Luftstreitkräfte Ausgaben in Höhe von 40 Milliarden Dollar jährlich vorsieht. Damit sollen bis zum 1. Juli 1954 20 Infanteriedivisionen, 600 Kriegsschiffe verschiedener Art und etwa 50 Flugzeuggeschwader in Dienst gestellt werden.

In unrichtigsten militärischen Kreisen weist man darauf hin, daß die Verteidigungsausgaben damit etwa das Dreifache der vergleichbaren Ausgaben vor dem Koreakonflikt ausmachen würden. Zunächst sind allerdings von den geplanten 20 Divisionen 11 reguläre Divisionen und 4 Divisionen Nationalgarde vorgesehen. Die Flotte soll 12 große und 15 kleine Flugzeugträger und etwa 215 Zerstörer umfassen. Außerdem sind eine Reihe anderer Kriegsschiffe vorgesehen. Die Luftstreitkräfte sollen zum 1. Juli 1951 58 Geschwader und am 1. Juli 1952 69 Geschwader umfassen.

Das Repräsentantenhaus nahm durch Akklamation eine Gesetzesvorlage an, durch die der Vorsitzende des gemeinsamen Stabes der drei Teile der amerikanischen Streitkräfte, General Bradley, zum General der Armee — General mit fünf Sternen — ernannt wurde.

Das amerikanische Repräsentantenhaus sprach am Freitag seine Zustimmung zur Ernennung von General Marshall zum Verteidigungsminister aus.

Eine Richtigstellung

Zu der Erklärung Präsident Trumans auf seiner Pressekonferenz von Donnerstagabend, wonach die amerikanische Regierung „die Möglichkeit einer Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland prüft“, hat das Weiße Haus später eine Richtigstellung veröffentlicht. Darin wird ausdrücklich festgestellt, daß sich die Fortalisierung Trumans nicht auf einen Friedensvertrag für Deutschland beziehe, „über den gegenwärtig nicht beraten wird“, sondern auf die Beendigung der Kriegszustände. Dies sei eines der Themen der Außenministerkonferenz der drei westlichen Großmächte und beziehe sich lediglich

Landung im Rücken der Kommunisten

McArthur's Streitkräfte ergreifen die Initiative - Die Aktion bei Incheon. Frontnachschub der Nordkoreaner bedroht

Tokio (UP). Nach mehreren Wochen verlustreicher Rückzugsgefechte und erlittener Abwehrkämpfe nahmen die Streitkräfte der Vereinten Nationen am Freitag zum ersten Mal seit Beginn des Koreafeldzuges den Kommunisten die Initiative an der Hand und landeten starke Kontingente Marineinfanterie tief hinter dem Rücken des angeschlagenen Gegners, mit dem Ziel, den nordkoreanischen Frontanschub völlig zu unterbinden. Schon vor zwei Tagen hatte sich eine Armada von 261 Schiffen vor der Westküste versammelt und die Hafenanlagen von Incheon, etwa 200 Kilometer hinter der kommunistischen Front, mit Unterstützung von Trägerflugzeugen sturmreif geschossen. Die erste Landungswelle der Amerikaner setzte sich am Freitag gegen geringen Widerstand in den Besitz der dem Hafen von Incheon vorgelagerten Insel Wolmi, während die zweite Welle gegen Incheon selbst vorging und bei Einbruch der Dämmerung (Ortszeit) drei Kilometer in die Stadt eindringen war. Eine dritte Gruppe landete 10 Meilen von dem wichtigen Flugplatz Kimpo.

Die gesamte Operation steht unter dem direkten Oberkommando von McArthur, der von Bord eines Kreuzers den Ablauf des Landungsmanövers beobachtet, bei dem das neu zusammengestellte 18. Armee Korps zum ersten Mal in Aktion tritt. Parallel zu der Operation an der Westküste, hat sich eine südkoreanische Kommando Gruppe am Freitag in den Besitz der Hafenanlagen von Yongdok an der Ostküste gesetzt und dort einen Brückenkopf gebildet. Die Landungsoperation wurde von Kriegsschiffen der Vereinten Nationen unterstützt. Weiter nördlich hatte inzwischen das amerikanische Schlachtschiff „Missouri“ den Hafen Samchok, 180 km nördlich von Pohang, unter Beschuß genommen.

Weitere Erfolge werden auch aus dem Raum von Pohang gemeldet, wo sich die südkoreanische Hauptstadtdivision in den Besitz der hart umkämpften Stadt Angangui setzte. Während sich die Kommunisten in den letzten Tagen an fast allen Frontabschnitten auf kleinere Kampfhandlungen beschränkt hatten, traten sie am Freitag nordwestlich Taegu erwartungsgemäß mit Panzern vorgetragener Offensive an und drängten Teile der 1. amerikanischen Kavalleriedivision um zwei Kilometer zurück. Nach wie vor befinden sich die Amerikaner jedoch im Besitz der beberrschenden Höhen nördlich der Stadt. Am südwestlichen Frontabschnitt überrannten die Kommunisten in Bataillonstärke zwei Kom-

panien der 24. Infanteriedivision. Ein sofort eingeleiteter Gegenangriff warf die Kommunisten wieder auf ihre Ausgangsstellungen zurück.

„Planmäßige Fortschritte“
General MacArthur teilte später dem amerikanischen Oberkommando in Washington mit, daß das Landungsunternehmen bei Incheon planmäßig fortschreite. Die Landestruppen hätten den Widerstand des Gegners rasch überwunden und einen Brückenkopf eingerichtet. Der uhrwerkartige Ablauf der Unternehmung und die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Truppenteilen seien bemerkenswert gewesen.

Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums erklärte, daß die Wahl des Landeplatzes bei Incheon nach sorgfältigen wochenlangen Erwägungen getroffen worden sei. Über die Stärke der bei Incheon gelandeten Truppen erwähnte der Sprecher eine Division Marineinfanterie, eine Armee Division und Spezialtruppen. Er fügte hinzu: „Aber die genaue Stärke kennen wir natürlich nicht“. Er wies auch nichts über Landungen amerikanischer Fallschirmjäger beim Flugplatz Kimpo.

Strategische Fehler

Nach einem zusätzlichen Bericht des Präsidenten der UP, Hugh Baillie, ist General MacArthur der Ansicht, daß die Nordkoreaner einen grundsätzlichen Fehler machten, in dem sie ihre Versorgungslinien in Korea bis zum Zerreißen in die Länge zogen. Diese ihm bekannte Tatsache nutzt McArthur zu seinem Vorteil aus. Daher die Landung im Rücken der Nordkoreaner. Zwei Fehler sind es eigentlich, die die Nordkoreaner machten: 1. führten sie den ersten Schlag nicht schnell genug, da sie die wirkliche Stärke der Amerikaner und Südkoreaner nicht kannten. Als sie in den ersten Tagen des Krieges auf kleine amerikanische Einheiten stießen, zögerten sie und bildeten eine breite Front. Und doch hätte im Anfangsstadium des Krieges eine Gruppe von Tanks, gefolgt von Lastwagen mit Infanterie, bis nach Pusan durchstoßen können. Dieses Zögern und der Widerstand der ersten kleinen amerikanischen Einheiten brachten die Nordkoreaner um die schnelle Besetzung Südkoreas. Der zweite Fehler war die schon erwähnte Ausdehnung ihrer Nachschublinien. Weiter heißt es in dem Bericht u.a., die „erste Garnitur“ der Nordkoreaner sei inzwischen verbrannt worden und die Amerikaner hätten sich nach und nach mit allen Tricks und Schlichen des barbarischen Krieges vertraut gemacht. In diesem Zusammenhang wies der Oberbefehlshaber der UN-Truppen darauf hin, daß der Gegner den größten Teil seiner Verbände im Süden konzentriert habe und von Nordkorea hinsichtlich des Nachschubs an Menschen und Material abhänge. Der Nachschub würde zum größten Teil durch das Gebiet Seoul-Inchon geschlossen. Sollte es möglich sein, dieses Gebiet zu erobern, befände sich damit das Gros der kommunistischen Truppen in einer Zange. Damit würde der Gegner gezwungen, seine Kräfte zu zerstückeln und müsse früher oder später, je nach dem Erfolg der UN-Operation aufgeben.



US-Gefangene verbrannt

Zwei amerikanische Soldaten haben am 31. August unabhängig voneinander von verschiedenen Punkten aus an der Naktong-Front beobachtet, wie drei Verwundete amerikanische Soldaten von Nordkoreanern in ein Feuer geworfen wurden, das sie aus Zelbännen mit Benzin entzündet hatten. Die beiden Augenzeugen hatten den Vorfall aus ungefähr 60 bis 70 m Entfernung verfolgen können. Während einer der Amerikaner bewußlos zu sein schien, schrieen die beiden anderen, als sie von den Kommunisten zum Feuer geschleppt wurden deutlich und vernehmbar „don't do it“. Als sich die Verwundeten Amerikaner zu wehren versuchten, seien sie von ihren Feindern geschlagen worden.

New Yorker Zwischenbilanz

von unserem Korrespondenten

D.G. New York

In denselben Räumen des Waldorf-Astoria-Hotels, in denen während der letzten Tage die Außenminister der drei großen Westmächte tagten, sind jetzt die zwölf Außenminister der Atlantikpaktstaaten zusammengetreten. Sie werden u.a. über den umstrittenen Vorschlag der Vereinigten Staaten, deutsche Kontingente in eine europäische Armee einzugliedern, zu beraten haben.

In den dreitägigen Besprechungen der „Großen“ war es dem amerikanischen Außenminister Acheson nicht gelungen, die Zustimmung des britischen Außenministers Bevin und des französischen Außenministers Schuman zu einem Plan einer Einbeziehung Westdeutschlands in die europäische Verteidigung zu erhalten. Die beiden haben einwilligen bei ihren Regierungen um neue Instruktionen ersucht.

Die Außenminister der drei westlichen Großmächte beendeten ihre Verhandlungen ohne irgendwelche endgültigen Entscheidungen bezüglich des großen, der Lösung harrenden, Problem-Komplexes bekanntzugeben. Sie kamen aber überein, sich nächste Woche — vor der Eröffnung der Vollversammlung der Vereinten Nationen — wieder zu treffen, vorher aber mit ihren Kollegen aus den anderen Atlantikpaktstaaten Rücksprache zu nehmen.

In einem Interims-Kommuniqué bestätigten die „großen“ Außenminister ihre „volle Übereinstimmung“ über die Notwendigkeit „sofort Schritte zu unternehmen“, um sich über die Beteiligung der einzelnen Staaten an dem westlichen Verteidigungssystem in Europa und Asien klar zu werden. Die einzelnen Punkte dieser Übereinstimmung werden dabei wie folgt präzisiert:

1. Aufstellung vereinter Streitkräfte für die Verteidigung Westeuropas.
2. Beschleunigte Verstärkung der Streitkräfte in Westeuropa.
3. Maßnahmen für die Vergrößerung der europäischen Produktion von notwendigem Ausrüstungsmaterial für die Verteidigung und zur Finanzierung der Verteidigungsanstrengungen.
4. Mögliche Einbeziehung Westdeutschlands bei der Produktion von Verteidigungsmaterialien.
5. Zu unternehmende Schritte, um die innere Sicherheit Westdeutschlands und Berlins zu schützen.
6. Anwendung geeigneter Maßnahmen, wie zum Beispiel die Beendigung des Kriegszustandes und eine weitere Lockerung der Besatzungskontrollen, um die Rückkehr Deutschlands in die Familie der freien Nationen zu beschleunigen.

In dem Kommuniqué wird weiter bekanntgegeben, daß die Minister über die folgenden asiatischen Probleme einen Meinungsaustausch geführt hätten:

1. Sicherung Südostasiens gegen direkte oder indirekte Aggression.
2. Politische, militärische und wirtschaftliche Entwicklung der assoziierten Staaten von Indochina.
3. Weiteres Interesse der Vereinten Nationen an Korea nach Beendigung der Feindseligkeiten.
4. Fragen, die sich auf eine friedliche Regelung des Problems Formosa bezogen.

Acheson besteht, wie hier versichert wird, weiter darauf, daß eine grundsätzliche Übereinstimmung hinsichtlich der Aufstellung einiger deutscher Divisionen und ihrer Einbeziehung in die westeuropäische Armee erreicht werden sollte. Diese westeuropäischen Einheiten würden dann wahrscheinlich einem amerikanischen Oberbefehlshaber, vielleicht General Eisenhower, unterstellt werden. Sowohl Bevin als auch Schuman sind aber nicht bereit, so weit zu gehen, obwohl Acheson immer wieder betont, daß Europa nicht ohne deutsche Soldaten und das deutsche Industriepotential verteidigt werden könne.

Das entgegliche Kommuniqué über die Außenministerberatungen der drei westlichen Großmächte, das nächste Woche erwartet wird, dürfte, wie hier verlautet, folgende Punkte enthalten:

1. Eine Vereinbarung, die westdeutschen Polizeistreitkräfte auf einer gemischten Bundesländer-Grundlage zu verstärken und zu reorganisieren. Die Streitkräfte würden weiterhin auf Länderbasis organisiert sein, aber im Falle des Notstandes in den Dienst des Bundes gestellt werden. Dies ist eine Konzession gegenüber französischen Befürchtungen wegen der Bildung einer Bundespolizei.
2. Eine Vereinbarung, den technischen Kriegszustand mit Deutschland zu beendigen. Dies wird das Recht der Alliierten nicht beeinträchtigen, in Westdeutschland Besatzungs-

Umschau in Karlsruhe

Karlsruher Handwerkskammerpräsident für Altbaden
 Karlsruhe (Jwb). Der Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe und SPD-Stadtrat Gretschnann trat in einer Wahlversammlung in Karlsruhe für die Wiederherstellung des Landes Baden ein.

Vorläufer Landes-Elternausschuss für Nordbaden
 Karlsruhe (Jwb). Ein „vorläufiger Landes-Elternausschuss für Nordbaden“ wurde in Karlsruhe gebildet. Der Ausschuss wird sich aus je ein bis zwei Vertretern der Eltern aller nordbadischen Stadt- und Landkreise zusammensetzen und alle vier Schulgattungen (Volks-, Berufs-, Fach- und Höhere Schulen) vertreten. Er will mit der Lehrerschaft zusammenarbeiten und der Schulreform dienen.

Die VVN wurde bestohlen
 Karlsruhe (ZSH). Diebe brachen nachts in die Büroräume der VVN in Karlsruhe ein und entwendeten dort das Aktenmaterial, einen größeren Bargeldbetrag und eine Reiseschreibmaschine. Die Täter konnten bis jetzt nicht ermittelt werden.

KPD-Versammlungen über Volksbefragung
 Karlsruhe (Jwb). Die Abteilung Innere Verwaltung des Landesbezirkspräsidiums von Nordbaden hat die Stadtverwaltungen in Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim sowie die Landräte im Landesbezirk Nordbaden angewiesen, öffentliche Versammlungen der KPD über das Thema „Volksbefragung — Volksbetrug“ zu verbieten. Die Ankündigung dieser Versammlungen, so betont das Landesbezirkspräsidium, lasse erkennen, daß „die als Maßnahme der verfassungsmäßigen Ordnung zur Durchführung der Artikel 29 und 118 des Grundgesetzes eingeleitete Volksbefragung über die Neugliederung der südwestdeutschen Länder der Wahrheit zuwider als „Volksbetrug“ hingestellt“ werden solle.

Acht nordbadische Gemeinden erhielten Stadtrecht
 Karlsruhe (Jwb). Der Landesbezirkspräsident von Nordbaden, Finanzminister Dr. Kaufmann, hat den nordbadischen Gemeinden Grünsfeld, Königshofen, Krautheim, Kulsheim, Luda, Neckarbischofsheim, Osterburken und Weilstadt auf ihren Antrag hin die alten Stadtrechte wieder verliehen. Die Gemeinden hatten durch die nationalsozialistische Gesetzgebung ihre Stadtrechte verloren.

Aus der Arbeit der Kriminalpolizei
 Karlsruhe. Wie umfangreich und vielfältig die Angaben der Kriminalpolizei sind, zeigt wieder einmal recht deutlich der Tätigkeitsbericht der Kriminalpolizei vom Monat August. So wurden in dieser Zeit allein 391 Neuanzeigen aller Art erstattet und bearbeitet. Hinzu kommen noch 289 Anzeigen, die von der Schutzpolizei der Kripo zur weiteren Erledigung übergeben wurden, ferner 3161 Aufträge von Behörden und der Dienststelle des Resident Officer Karlsruhe.

Auffallend hoch sind in diesem Bericht die Anzeigen wegen Diebstahls aller Art. Es liegen nämlich nicht weniger als 432 Fälle solcher Delikte vor. Im einzelnen handelt es sich um 296 Vergehen wegen einfachen Diebstahls und 12 Kraftfahrzeugdiebstahl. In weitem Abstand folgen 186 Unterschlagungsfälle und 141 Anzeigen wegen Betrugs, 54 Sittlichkeitsdelikte ergänzen das unersprechliche Bild. Wegen Sachbeschädigung, Bettels und Landstreicherei gelangten je 13 Personen, wegen fahrlässiger Brandstiftung und Kuppelerei je 12 und wegen Urkundenfälschung 11 Personen zur Anzeige.

Tagung der Hafenbautechnischen Gesellschaft
 Karlsruhe. Die Hafenbautechnische Gesellschaft e. V., Hamburg, hält ihre 19. Hauptversammlung in der Zeit vom 21. bis 23. September in Karlsruhe ab.
 Die Hauptversammlung der Gesellschaft findet alljährlich abwechselungsweise in einem See- und einem Binnenhafen statt. Im vergangenen Jahr wurde sie in Hamburg abgehalten. In der Tatsache, daß in diesem Jahre Karlsruhe als Tagungsort gewählt wurde, liegt eine bedeutsame Anerkennung der besonderen Bedeutung, die den Karlsruher Häfen in der deutschen Verkehrswirtschaft zukommt.

Wie geht die Volksbefragung am 24. September vor sich?

Willenskundgebung über die Neugliederung der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern

Am 24. September 1950 findet in den Ländern Württ.-Baden, Württ.-Hohenzollern und Baden (Südbaden), die den Bereich der alten Länder Württemberg und Baden sowie des ehemaligen preussischen Landesteils Hohenzollern decken, die Volksbefragung über die Neugliederung dieser Länder statt. Diese Volksbefragung ist keine Volksabstimmung im üblichen Sinne, da sie nach den in den drei beteiligten Ländern gleichlautend verkündeten Gesetzen nicht definitiver Art ist, sondern nur informativ Charakter hat. Sie hat deshalb auch keine unmittelbar rechtsgestaltende Auswirkungen auf die beteiligten Länder, sondern verfolgt ausschließlich den Zweck, den Willen der Bevölkerung zu erkennen und daraus möglichst zu einer Vereinbarung über die Neugliederung dieser Länder zu kommen. Ihre Wirkungen sind nicht staatsrechtlicher, sondern politischer Art.

Kommt innerhalb von zwei Monaten nach dem Tage der Volksbefragung keine Vereinbarung der beteiligten Landesregierungen über eine Neugliederung der drei südwestdeutschen Länder zustande, so gilt aufgrund des Freudenstädter Abkommens, das dem Gesetz über die Volksbefragung zugrunde liegt, der Versuch einer Ländervereinigung als gescheitert. Die Neuordnung der Ländergrenzen im Südwesten, die durch die alliierte Aufteilung der ehemaligen Länder Württemberg und Baden in drei Länder und auf zwei Zonen untragbar erscheinen, wäre dann nur noch durch eine Regelung auf Bundesebene möglich.

Zwei Fragen auf dem Stimmzettel
 Jedem Stimmberechtigten werden bei der Volksbefragung zwei Fragen auf seinem Stimmzettel, der 20x13 cm groß ist, vorgelegt. Sie lauten:

1. Ich wünsche die Vereinigung der drei Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zum Südweststaat, oder
 2. Ich wünsche die Wiederherstellung des alten Landes Baden und des alten Landes Württemberg-Hohenzollern.
- Der Abstimmende kann nur eine der beiden Fragen bejahen; die beiden Fragen sind also alternativ gestellt. Wenn der Abstimmende eine der beiden Fragen verneint, so gilt die andere als bejaht. Verneint der Abstimmende beide Fragen, so ist der Stimmzettel ungültig. Eine besondere Zählung der Nein-Stimmen findet weder im einen noch im anderen Falle statt. Will sich der Abstimmende für keine der beiden Fragen, sondern für eine dritte Lösung (Status quo oder für eine sonstige territoriale Neugliederung) entscheiden, so hat er keine Möglichkeit, dies bei der Volksbefragung zum Ausdruck zu bringen.

Über das Stimmrecht
 Die kreisfreien Städte sowie die Landkreise bilden je einen Stimmkreis. Die Stimmkreiseinteilung deckt sich also mit der Kreiserteilung. Die Abstimmungszeit dauert von morgens 8 Uhr bis abends 18 Uhr. Stimmberechtigt ist, wer am Abstimmungstag folgende Voraussetzungen erfüllt: 1. Deutscher Staatsangehöriger ist oder einen von einer zuständigen Behörde des Landes ausgestellten oder anerkannten Flüchtlingsausweis besitzt, 2. Das 21. Lebensjahr vollendet hat und

3. seit mindestens einem Jahr in dem Lande wohnt, in dem er abstimmt.

Heimkehrer können mit abstimmen, wenn sie bis zum 24. September 1950 nach Württemberg-Baden zurückgekehrt sind.

Vom Stimmrecht ausgeschlossen

Vom Stimmrecht ausgeschlossen ist, wer entmündigt ist, unter Vormundschaft oder Pflegschaft steht oder nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Außerdem ist nicht stimmberechtigt, wer rechtskräftig in die Gruppe der Hauptschuldigen oder der Belasteten eingereiht wurde. Stimmberechtigte mit mehreren Wohnsitzen in verschiedenen an der Volksbefragung beteiligten Ländern dürfen nur an einem ihrer Wohnsitze abstimmen. Stimmschein der Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern sind in Württemberg-Baden nicht gültig und umgekehrt. Auch innerhalb des Landes Württemberg-Baden sind Stimmschein nur in dem Landesbezirk (Nordwürttemberg oder Nordbaden) gültig, in dem sie aufgegeben worden sind. Auf diese Weise wird es möglich sein, in einer einheitlichen Rechnung die Abstimmungsergebnisse für den Bereich der alten Länder Württemberg und Baden zusammenzufassen und danach die Meinung der Bevölkerung dieser Länder zu beurteilen. Das Gesamtergebnis der Volksbefragung für Württemberg-Baden wird, nach Landesbezirken getrennt, im Staatsanzeiger für Württemberg-Baden veröffentlicht werden.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Arbeitsministerium schlägt Maßnahmen vor
 Stuttgart (Jwb). Das württemberg-badische Arbeitsministerium hat kürzlich allen Ministern und Landtagsabgeordneten eine Denkschrift überreicht, in der neben einem Überblick über die Ursachen der Arbeitslosigkeit im Lande Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung niedergelegt sind. Das Arbeitsministerium will vor allem einen Landtagsbeschluß erreichen, nach dem alle Arbeitsamtsbezirke, bei denen die Zahl der Arbeitslosen 10 Prozent der beschäftigten Arbeitnehmer übersteigt oder der Anteil der Füllhülle an der Arbeitslosenzahl mehr als 50 Prozent beträgt, zu „Förderbezirken“ erklärt werden. Um die Arbeitslosigkeit in diesen „Förderbezirken“ wesentlich zu vermindern, schlägt das Arbeitsministerium vor, zur Erweiterung der vorhandenen Produktionskapazität und der Ansiedlung neuer Industriebetriebe bevorzugt staatsverbürgte Kredite zu gewähren, die Bezirke bei der öffentlichen Auftragsvergabe besonders zu berücksichtigen sowie Straßenbau und die Errichtung von Wasserversorgungsanlagen als Voraussetzung für die Industriean siedlung zu intensivieren. Ferner sollen unbeschäftigte Arbeitskräfte aus den „Förderbezirken“ in Räume verlegt werden, in denen sich Arbeitsmöglichkeiten bieten.

Obwohl die Arbeitsverwaltung die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen erstrebt, behält doch die Notstandsarbeiten für die Arbeitsverwaltung ihre Berechtigung als geeignetes Mittel zur Bekämpfung einer bereits bestehenden Arbeitslosigkeit. Um auch Jugendliche bei Notstandsarbeiten beschäftigen zu können, will das Arbeitsministerium dem Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Damit solle auch etwaigen Bestrebungen zur Errichtung eines Arbeitsdienstes entgegen gewirkt werden.

Als eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung sieht das Arbeitsministerium die Förderung des Wohnungsbaus an. Von den gegenwärtig etwa 12 000 offenen Stellen könnten 50 Prozent sofort besetzt werden, wenn die erforderlichen Arbeitskräfte auch in Wohnungen unterzubringen wären. Das Ministerium fordert daher eine Schwerpunktbildung an arbeitsmarktpolitisch günstigen Orten. Der Bau von Werkwohnungen sollte nach Ansicht des Ministeriums nur betrieben werden, wenn keine andere Möglichkeit bestehe, dort Wohnungen zu errichten, wo Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind. Das Arbeitsministerium fordert schließlich zwingende Anweisungen an die Wohnungsbehörden, wonach Arbeitnehmer, die eine Arbeitsstelle erhalten, bevorzugt auch in eine Wohnung eingewiesen werden.

Minister Kaufmann bedauert Erklärung des Erzbischofs
 Stuttgart (Jwb). Der württemberg-badische Finanzminister und Präsident des Landesbezirks Nordbaden, Dr. Kaufmann, hat in einer Erklärung die Äußerung des Freiburger Erzbischofs Dr. Rauch, daß er sich für seine Person für die Wiederherstellung Badens entscheiden müsse, „schmerzlich bedauert“. Der Erzbischof habe selbstverständlich das Recht der freien Entscheidung für seine Person, betont Dr. Kaufmann. Bei der Untrennbarkeit von Amt und Person bei einem so hohen Würdenträger und angesichts der unbestreitbaren Tatsache, daß sich ein großer Teil des katholischen Klerus in Baden stark im Sinne der Erklärung des Erzbischofs einsetze, bestehe allerdings die Gefahr, daß diese Erklärung zu Mißverständnissen und Mißdeutungen führe. Dadurch werde die Kirche in eine — sicherlich nicht gewollte — politische Verantwortung hineingerufen, die ihr nur schaden könne. Eine Stellungnahme für die eine oder die andere Auffassung müßte auf jeden Fall zu einem schweren Prestigeverlust der Kirche führen. Es diene nicht dem Ansehen der Kirche, wenn sich die Bevölkerung ihrer Stellungnahme nicht anschließe. Falls die Bevölkerung dies aber tue, werde die Kirche für alle politischen, sozialen und finanziellen Folgen und Spannungen, die daraus entstehen könnten, mitverantwortlich gemacht werden. Deshalb, betont der Finanzminister, liege völlige Neutralität und die Erklärung, daß sich jeder Wahlberechtigte frei entscheiden könne, im „wohlverstandenen Interesse“ der Kirchen.

Südd. Rundfunk legt Beschwerde ein

Stuttgart (Jwb). Der Südd. Rundfunk hat gegen die Entscheidung des Amtsgerichts Mannheim in der Streitsache mit der „Interessengemeinschaft der badischen Rundfunkhörer e. V.“ Beschwerde eingelegt. Der Südd. Rundfunk hatte beantragt, daß der „Interessengemeinschaft“ untersagt werde, ihre gegen den Rundfunk gerichteten Flugblätter weiter zu vertreiben.

Wer gibt dem „Neuen“ den Taufnamen?

Neustadt (Jb). Auf dem deutschen Weinlesefest vom 30. September bis 8. Oktober in Neustadt/Weinstraße wird mit der Wahl der deutschen Weinkönigin auch die Taufe des „Neuen“ vorgenommen. Der Weinhilfsverband 1950 soll dabei einen treffenden Namen bekommen. 1949 hieß der neue Wein „Bundesbruder“, 1948 „D-Markhopper“, 1947 „Knochenrappler“. Namensvorschläge für den Jahrgang 1950 können bis zum 23. September an das Organisationskomitee des deutschen Weinlesefestes in Neustadt a. W. Schütt 2 eingereicht werden. Die besten Vorschläge werden mit Prämien ausgezeichnet.

Deutscher Weinbankkongress 1950

Bad Kreuznach (Jb). Bundespräsident Heuss wird am 17. September den ersten Deutschen Weinbankkongress nach dem Krieg eröffnen. Der Kongress erhält durch die Teilnahme des Generalsekretärs des Internationalen Weinbauamtes Paris, Samarakis, und der Vertreter Belgiens, der Schweiz, Luxemburgs, Frankreichs, Österreichs, Italiens, Portugals, Spaniens und Griechenlands eine internationale Note. Alle Kreise, die irgendwie mit dem deutschen Weinbau zu tun haben, werden sich ein Stelldichein geben. Vor den Toren der Stadt wird auf dem 50 000 qm großen Ausstellungsgelände lebhaft gearbeitet. Alles, was der deutsche Weinbau in den letzten zehn Jahren an Neuerungen hervorgebracht hat, wird in Bad Kreuznach gezeigt. Auch die artverwandte Wirtschaft stellt auf der Industrieschau ihre Spitzenzeugnisse aus.

Stimmzettel
 für die Volksbefragung am 24. September 1950

1. Ich wünsche die Vereinigung der drei Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zum Südweststaat

oder

2. Ich wünsche die Wiederherstellung des alten Landes Baden und des alten Landes Württemberg einschließlich Hohenzollern.

Gute Tabake

und Viel Erfahrung:

BRINKMANN

